

Prova A42_SUP

Scienze e tecnologie meccaniche

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il candidato indichi in quale classe di Istituto Tecnico o Professionale intenda sviluppare il modulo didattico "PROTEZIONE DEI MATERIALI METALLICI DALLA CORROSIONE", definendo le conoscenze, le abilità e le competenze che l'alunno deve acquisire al termine dello stesso.

Quesito 2 - Il candidato indichi i nuclei concettuali e i relativi contenuti specifici per l'insegnamento/apprendimento del modulo didattico "PROTEZIONE DEI MATERIALI METALLICI DALLA CORROSIONE", indicando quale metodologia intenda adottare.

Quesito 3 - Il candidato, relativamente al modulo didattico "PROTEZIONE DEI MATERIALI METALLICI DALLA CORROSIONE", fornisca un esempio di prova di verifica che ritiene adeguata per rilevare le conoscenze e le abilità acquisite, indicando eventualmente, se prevista, anche una prova di laboratorio e/o scritto-grafica.

Quesito 4 - Il candidato indichi in quale classe di Istituto Tecnico o Professionale intenda sviluppare il modulo didattico "L'IMPIANTO DI RISCALDAMENTO", definendo le conoscenze, le abilità e le competenze che l'alunno deve acquisire al termine dello stesso.

Quesito 5 - Il candidato indichi i nuclei concettuali e i relativi contenuti specifici per l'insegnamento/apprendimento del modulo didattico "L'IMPIANTO DI RISCALDAMENTO", indicando quale metodologia intenda adottare.

Quesito 6 - Il candidato indichi quali sono le diverse fasi, indicate nelle "Linee guida per l'accoglienza e l'integrazione degli alunni stranieri", che attraversano gli alunni stranieri inseriti nella scuola, e quale strategia didattica intenda adottare per proporre il modulo didattico "L'IMPIANTO DI RISCALDAMENTO" al fine di promuovere e favorire tale integrazione.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

DEUTSCHLAND INTEGRATION

Brauchen Schulen eine Migranten-Obergrenze?

Julia Klöckner fordert eine Obergrenze für Kinder mit Migrationshintergrund in Schulklassen. Eltern- und Lehrerverbände halten eine Quote von 35 Prozent nichtdeutschsprachiger Kinder für angemessen. Die Bildungsministerin Wanka schlägt vor, Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen gleichmäßig auf Schulen zu verteilen. Experten halten das für sinnvoll – aber die zuständigen Bundesländer zweifeln an der Umsetzbarkeit. Es sollte eigentlich nur ein Denkanstoß von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sein: Sollte man den Anteil der Migranten in Schulklassen begrenzen, um eine bessere Integration zu ermöglichen? Diese Frage hatte der „Focus“ der Ministerin gestellt. Und Wanka – obwohl für Schulpolitik nicht zuständig – hatte eine scheinbar unverfängliche Antwort gegeben.

Starre Quoten, nein, dafür seien die regionalen Unterschiede doch zu groß, wiegelte die Ministerin mit Blick auf

die zuständigen Bundesländer ab. Um dann aber doch eine Art Obergrenze ins Feld zu führen: „Klar ist aber, dass der Anteil von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund möglichst ausgewogen sein muss. Es sollte keine Klassen geben, in denen der hohe Migrationsanteil dazu führt, dass die Schüler untereinander vorwiegend in ihrer Muttersprache sprechen und damit eine Integration erschwert wird.“

Ein Diskussionsanstoß sei das, aber nicht mehr, stellt das Bundesbildungsministerium klar. Schließlich habe der Bund in dieser Frage keinerlei Kompetenzen – diese liegen bei den Bundesländern. Und Wanka habe diesbezüglich keine Agenda. Klar ist aber auch, dass die Ministerin damit in ein Wespennest gestoßen hat. Denn Experten griffen die Äußerungen sogleich auf und starteten eine Debatte darüber.

Wenn der Staat nicht regulierend und ausgleichend eingreife, könne sich die derzeitige Tendenz in der Zusammensetzung von Schulklassen auf Dauer noch verschärfen, warnte etwa ein Expertenkreis der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner. „Wo viele Migrantenkinder an Schulen sind, werden es künftig noch mehr werden, weil viele Eltern ihre deutschstämmigen Kinder woanders anmelden, ebenso Eltern mit Migrationshintergrund, die ihre Kinder liberaler und integrationsfördernder erziehen wollten“, warnen Klöckner und ihre Berater: Islamismusexperte Ahmad Mansour, Soziologin Necla Kelek und Journalistin Düzen Tekkal.

Aus: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article164033456/Brauchen-Schulen-eine-Migranten-Obergrenze.html>
[19.04.2017]

Es könnte dazu kommen, dass ...

- a) ... deutschstämmige Kinder und Migrantenkinder in den Schulen zu sehr gemischt werden.
- b) ... immer mehr deutschsprachige Kinder Schulen mit einem hohen MigrantInnenanteil verlassen.
- c) ... alle Migrantenkinder immer liberaler erzogen werden.
- d) ... deutschsprachige Kinder integrationsfördernder erzogen werden.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

DEUTSCHLAND INTEGRATION

Brauchen Schulen eine Migranten-Obergrenze?

Julia Klöckner fordert eine Obergrenze für Kinder mit Migrationshintergrund in Schulklassen. Eltern- und Lehrerverbände halten eine Quote von 35 Prozent nichtdeutschsprachiger Kinder für angemessen. Die Bildungsministerin Wanka schlägt vor, Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen gleichmäßiger auf Schulen zu verteilen. Experten halten das für sinnvoll – aber die zuständigen Bundesländer zweifeln an der Umsetzbarkeit. Es sollte eigentlich nur ein Denkanstoß von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sein: Sollte man den Anteil der Migranten in Schulklassen begrenzen, um eine bessere Integration zu ermöglichen? Diese Frage hatte der „Focus“ der Ministerin gestellt. Und Wanka – obwohl für Schulpolitik nicht zuständig – hatte eine scheinbar unverfängliche Antwort gegeben.

Starre Quoten, nein, dafür seien die regionalen Unterschiede doch zu groß, wiegelte die Ministerin mit Blick auf die zuständigen Bundesländer ab. Um dann aber doch eine Art Obergrenze ins Feld zu führen: „Klar ist aber, dass der Anteil von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund möglichst ausgewogen sein muss. Es sollte keine Klassen geben, in denen der hohe Migrationsanteil dazu führt, dass die Schüler untereinander vorwiegend in ihrer Muttersprache sprechen und damit eine Integration erschwert wird.“

Ein Diskussionsanstoß sei das, aber nicht mehr, stellt das Bundesbildungsministerium klar. Schließlich habe der Bund in dieser Frage keinerlei Kompetenzen – diese liegen bei den Bundesländern. Und Wanka habe diesbezüglich keine Agenda. Klar ist aber auch, dass die Ministerin damit in ein Wespennest gestoßen hat. Denn

Experten griffen die Äußerungen sogleich auf und starteten eine Debatte darüber. Wenn der Staat nicht regulierend und ausgleichend eingreife, könne sich die derzeitige Tendenz in der Zusammensetzung von Schulklassen auf Dauer noch verschärfen, warnte etwa ein Expertenkreis der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner. „Wo viele Migrantenkinder an Schulen sind, werden es künftig noch mehr werden, weil viele Eltern ihre deutschstämmigen Kinder woanders anmelden, ebenso Eltern mit Migrationshintergrund, die ihre Kinder liberaler und integrationsfördernder erziehen wollten“, warnen Klöckner und ihre Berater: Islamismusexperte Ahmad Mansour, Soziologin Necla Kelek und Journalistin Düzen Tekkal.

**Aus: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article164033456/Brauchen-Schulen-eine-Migranten-Obergrenze.html>
[19.04.2017]**

„In ein Wespennetz stoßen“ bedeutet

- a) sich in den Mittelpunkt zu rücken.
- b) sich Verletzungen zuzuziehen.
- c) ein Problem öffentlich und akut zu machen.
- d) sich der Kritik der Gegner zu stellen.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

DEUTSCHLAND INTEGRATION

Brauchen Schulen eine Migranten-Obergrenze?

Julia Klöckner fordert eine Obergrenze für Kinder mit Migrationshintergrund in Schulklassen. Eltern- und Lehrerverbände halten eine Quote von 35 Prozent nichtdeutschsprachiger Kinder für angemessen. Die Bildungsministerin Wanka schlägt vor, Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen gleichmäßiger auf Schulen zu verteilen. Experten halten das für sinnvoll – aber die zuständigen Bundesländer zweifeln an der Umsetzbarkeit. Es sollte eigentlich nur ein Denkanstoß von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sein: Sollte man den Anteil der Migranten in Schulklassen begrenzen, um eine bessere Integration zu ermöglichen? Diese Frage hatte der „Focus“ der Ministerin gestellt. Und Wanka – obwohl für Schulpolitik nicht zuständig – hatte eine scheinbar unverfängliche Antwort gegeben.

Starre Quoten, nein, dafür seien die regionalen Unterschiede doch zu groß, wiegelte die Ministerin mit Blick auf die zuständigen Bundesländer ab. Um dann aber doch eine Art Obergrenze ins Feld zu führen: „Klar ist aber, dass der Anteil von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund möglichst ausgewogen sein muss. Es sollte keine Klassen geben, in denen der hohe Migrationsanteil dazu führt, dass die Schüler untereinander vorwiegend in ihrer Muttersprache sprechen und damit eine Integration erschwert wird.“

Ein Diskussionsanstoß sei das, aber nicht mehr, stellt das Bundesbildungsministerium klar. Schließlich habe der Bund in dieser Frage keinerlei Kompetenzen – diese liegen bei den Bundesländern. Und Wanka habe diesbezüglich keine Agenda. Klar ist aber auch, dass die Ministerin damit in ein Wespennest gestoßen hat. Denn Experten griffen die Äußerungen sogleich auf und starteten eine Debatte darüber.

Wenn der Staat nicht regulierend und ausgleichend eingreife, könne sich die derzeitige Tendenz in der Zusammensetzung von Schulklassen auf Dauer noch verschärfen, warnte etwa ein Expertenkreis der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner. „Wo viele Migrantenkinder an Schulen sind, werden es künftig noch mehr werden, weil viele Eltern ihre deutschstämmigen Kinder woanders anmelden, ebenso Eltern mit Migrationshintergrund, die ihre Kinder liberaler und integrationsfördernder erziehen wollten“, warnen Klöckner und ihre Berater: Islamismusexperte Ahmad Mansour, Soziologin Necla Kelek und Journalistin

Aus: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article164033456/Brauchen-Schulen-eine-Migranten-Obergrenze.html>
[19.04.2017]

„Keine Agenda zu haben“ bedeutet

- a) keine Kompetenz zu haben.
- b) nicht mehr ein und aus zu wissen.
- c) nicht mehr sprechen zu dürfen.
- d) nicht dafür zuständig zu sein.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

DEUTSCHLAND INTEGRATION

Brauchen Schulen eine Migranten-Obergrenze?

Julia Klöckner fordert eine Obergrenze für Kinder mit Migrationshintergrund in Schulklassen. Eltern- und Lehrerverbände halten eine Quote von 35 Prozent nichtdeutschsprachiger Kinder für angemessen. Die Bildungsministerin Wanka schlägt vor, Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen gleichmäßiger auf Schulen zu verteilen. Experten halten das für sinnvoll – aber die zuständigen Bundesländer zweifeln an der Umsetzbarkeit. Es sollte eigentlich nur ein Denkanstoß von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sein: Sollte man den Anteil der Migranten in Schulklassen begrenzen, um eine bessere Integration zu ermöglichen? Diese Frage hatte der „Focus“ der Ministerin gestellt. Und Wanka – obwohl für Schulpolitik nicht zuständig – hatte eine scheinbar unverfängliche Antwort gegeben.

Starre Quoten, nein, dafür seien die regionalen Unterschiede doch zu groß, wiegelte die Ministerin mit Blick auf die zuständigen Bundesländer ab. Um dann aber doch eine Art Obergrenze ins Feld zu führen: „Klar ist aber, dass der Anteil von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund möglichst ausgewogen sein muss. Es sollte keine Klassen geben, in denen der hohe Migrationsanteil dazu führt, dass die Schüler untereinander vorwiegend in ihrer Muttersprache sprechen und damit eine Integration erschwert wird.“

Ein Diskussionsanstoß sei das, aber nicht mehr, stellt das Bundesbildungsministerium klar. Schließlich habe der Bund in dieser Frage keinerlei Kompetenzen – diese liegen bei den Bundesländern. Und Wanka habe diesbezüglich keine Agenda. Klar ist aber auch, dass die Ministerin damit in ein Wespennest gestoßen hat. Denn Experten griffen die Äußerungen sogleich auf und starteten eine Debatte darüber.

Wenn der Staat nicht regulierend und ausgleichend eingreife, könne sich die derzeitige Tendenz in der Zusammensetzung von Schulklassen auf Dauer noch verschärfen, warnte etwa ein Expertenkreis der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner. „Wo viele Migrantenkinder an Schulen sind, werden es künftig noch mehr werden, weil viele Eltern ihre deutschstämmigen Kinder woanders anmelden, ebenso Eltern mit Migrationshintergrund, die ihre Kinder liberaler und integrationsfördernder erziehen wollten“, warnen Klöckner und ihre Berater: Islamismusexperte Ahmad Mansour, Soziologin Necla Kelek und Journalistin Düzen Tekkal.

Aus: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article164033456/Brauchen-Schulen-eine-Migranten-Obergrenze.html>
[19.04.2017]

Das Bundesbildungsministerium ...

- a) ... hat die Kompetenz für die Klassenzusammensetzung an sich gerissen.
- b) ... ist nicht mit der Aufgabe der Klassenzusammensetzung vertraut.
- c) ... hat die Problematik der Klassenzusammensetzung nicht im Griff.
- d) ... ist für die Klassenzusammensetzung nicht zuständig.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

DEUTSCHLAND INTEGRATION

Brauchen Schulen eine Migranten-Obergrenze?

Julia Klöckner fordert eine Obergrenze für Kinder mit Migrationshintergrund in Schulklassen. Eltern- und Lehrerverbände halten eine Quote von 35 Prozent nichtdeutschsprachiger Kinder für angemessen. Die Bildungsministerin Wanka schlägt vor, Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen gleichmäßiger auf Schulen zu verteilen. Experten halten das für sinnvoll – aber die zuständigen Bundesländer zweifeln an der Umsetzbarkeit. Es sollte eigentlich nur ein Denkanstoß von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sein: Sollte man den Anteil der Migranten in Schulklassen begrenzen, um eine bessere Integration zu ermöglichen? Diese Frage hatte der „Focus“ der Ministerin gestellt. Und Wanka – obwohl für Schulpolitik nicht zuständig – hatte eine scheinbar unverfängliche Antwort gegeben.

Starre Quoten, nein, dafür seien die regionalen Unterschiede doch zu groß, wiegelte die Ministerin mit Blick auf die zuständigen Bundesländer ab. Um dann aber doch eine Art Obergrenze ins Feld zu führen: „Klar ist aber, dass der Anteil von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund möglichst ausgewogen sein muss. Es sollte keine Klassen geben, in denen der hohe Migrationsanteil dazu führt, dass die Schüler untereinander vorwiegend in ihrer Muttersprache sprechen und damit eine Integration erschwert wird.“

Ein Diskussionsanstoß sei das, aber nicht mehr, stellt das Bundesbildungsministerium klar. Schließlich habe der Bund in dieser Frage keinerlei Kompetenzen – diese liegen bei den Bundesländern. Und Wanka habe diesbezüglich keine Agenda. Klar ist aber auch, dass die Ministerin damit in ein Wespennest gestoßen hat. Denn Experten griffen die Äußerungen sogleich auf und starteten eine Debatte darüber.

Wenn der Staat nicht regulierend und ausgleichend eingreife, könne sich die derzeitige Tendenz in der Zusammensetzung von Schulklassen auf Dauer noch verschärfen, warnte etwa ein Expertenkreis der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner. „Wo viele Migrantenkinder an Schulen sind, werden es künftig noch mehr werden, weil viele Eltern ihre deutschstämmigen Kinder woanders anmelden, ebenso Eltern mit Migrationshintergrund, die ihre Kinder liberaler und integrationsfördernder erziehen wollten“, warnen Klöckner und ihre Berater: Islamismusexperte Ahmad Mansour, Soziologin Necla Kelek und Journalistin Düzen Tekkal.

Aus: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article164033456/Brauchen-Schulen-eine-Migranten-Obergrenze.html>
[19.04.2017]

Eltern- und Lehrerverbände sind sich einig ...

- a) ... , dass der Anteil der Migrantenkinder in einer Klasse drastisch reduziert werden muss.
- b) ... in der Forderung nach getrennten Klassen.

- c) ... , dass die Migrantenkinder in den Klassen den Unterricht beeinträchtigen.
- d) ... , dass der Anteil der Migrantenkinder in einer Klasse ca. ein Drittel ausmachen sollte.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Schulen in Hannover
Integration muss auch bezahlt werden*

Es gibt kaum einen anderen Ort, an dem sich die Schwierigkeiten der Integration der vielen Flüchtlinge so deutlich zeigen, wie in der Schule – und besonders in dieser: Fast 90 Prozent aller Kinder an der Peter-Ustinov-Oberschule in Ricklingen haben eine andere Muttersprache als deutsch. Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Kopf machte sich am Mittwoch ein Bild von der Situation vor Ort. Auf dem Rundgang durch die Räumlichkeiten sah sie unter anderem die Gitarrengruppe der Schule. Danach ging es in eine fünfte Klasse, wo sich alle Kinder einzeln vorstellen sollten. Während der großen Pause zeigte sich die Situation vor Ort am deutlichsten. Deutsche Schülerinnen oder Schüler musste man schon suchen. Im Anschluss sprach Schröder-Köpf unter anderem mit der Schulleiterin Karin Haller über Chancen und Probleme an der Schule. Die Öffentlichkeit musste hier außen vor bleiben. Wie dringend die Probleme der Schule sind, betonte Schulleiterin Haller im Anschluss im Gespräch mit der Neuen Presse. Viele der Schülerinnen und Schüler sind in ihrer Heimat unregelmäßig oder auch gar nicht in den Genuss von Unterricht gekommen. Einige sind Analphabeten. „Ich kann von einem Kind, das noch nie zuvor in der Schule war und unsere Sprache nicht spricht, nicht erwarten, dass es ohne eine spezielle Förderung hier einen Abschluss schafft“, sagt Haller. Es gebe zwar auch jetzt schon einige Maßnahmen, um den Kindern so schnell wie möglich deutsch beizubringen, doch das reiche noch nicht. Zwei Sprachlernklassen sind eingerichtet worden, in denen eigentlich maximal 16 Kinder unterrichtet werden sollen. Weil der Bedarf deutlich größer ist, sind aber momentan bis zu 24 Schülerinnen und Schüler in einer der beiden Klassen. Wer nun glaubt, dass derartige Nachhilfen selbstverständlich wären, der irrt. Um überhaupt daran teilnehmen zu können, müssen die Familien der Kinder sogenannte Bildungs- und Teilhabegutscheine einreichen.

Aus: <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Integration-muss-auch-bezahlt-werden> [19.04.2017]

Die Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Kopf ...

- a) ... hat alle Schulen in Ricklingen persönlich besucht.
- b) ... hat die Oberschule in Ricklingen persönlich besucht.
- c) ... hat sich über die Schule in Ricklingen informieren lassen.
- d) ... hat die Schulleiterin der Oberschule in Ricklingen zu sich gebeten.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Schulen in Hannover
Integration muss auch bezahlt werden*

Es gibt kaum einen anderen Ort, an dem sich die Schwierigkeiten der Integration der vielen Flüchtlinge so deutlich zeigen, wie in der Schule – und besonders in dieser: Fast 90 Prozent aller Kinder an der Peter-Ustinov-Oberschule in Ricklingen haben eine andere Muttersprache als deutsch. Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Kopf machte sich am Mittwoch ein Bild von der Situation vor Ort.

Auf dem Rundgang durch die Räumlichkeiten sah sie unter anderem die Gitarrengruppe der Schule. Danach ging es in eine fünfte Klasse, wo sich alle Kinder einzeln vorstellen sollten. Während der großen Pause zeigte sich die Situation vor Ort am deutlichsten. Deutsche Schülerinnen oder Schüler musste man schon suchen. Im Anschluss sprach Schröder-Köpf unter anderem mit der Schulleiterin Karin Haller über Chancen und Probleme an der Schule. Die Öffentlichkeit musste hier außen vor bleiben.

Wie dringend die Probleme der Schule sind, betonte Schulleiterin Haller im Anschluss im Gespräch mit der Neuen Presse. Viele der Schülerinnen und Schüler sind in ihrer Heimat unregelmäßig oder auch gar nicht in den Genuss von Unterricht gekommen. Einige sind Analphabeten. „Ich kann von einem Kind, das noch nie zuvor in der Schule war und unsere Sprache nicht spricht, nicht erwarten, dass es ohne eine spezielle Förderung hier einen Abschluss schafft“, sagt Haller. Es gebe zwar auch jetzt schon einige Maßnahmen, um den Kindern so schnell wie möglich deutsch beizubringen, doch das reiche noch nicht.

Zwei Sprachlernklassen sind eingerichtet worden, in denen eigentlich maximal 16 Kinder unterrichtet werden sollen. Weil der Bedarf deutlich größer ist, sind aber momentan bis zu 24 Schülerinnen und Schüler in einer der beiden Klassen. Wer nun glaubt, dass derartige Nachhilfen selbstverständlich wären, der irrt. Um überhaupt daran teilnehmen zu können, müssen die Familien der Kinder sogenannte Bildungs- und Teilhabegutscheine einreichen.

Aus: <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Integration-muss-auch-bezahlt-werden> [19.04.2017]

An der Oberschule in Ricklingen gibt es ...

- a) ... große Probleme mit gewalttätigen SchülerInnen.
- b) ... nur SchülerInnen mit Migrationshintergrund.
- c) ... genügend Sprachlehrpersonen.
- d) ... nur vereinzelt SchülerInnen deutscher Muttersprache.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulen in Hannover

Integration muss auch bezahlt werden

Es gibt kaum einen anderen Ort, an dem sich die Schwierigkeiten der Integration der vielen Flüchtlinge so deutlich zeigen, wie in der Schule – und besonders in dieser: Fast 90 Prozent aller Kinder an der Peter-Ustinov-Oberschule in Ricklingen haben eine andere Muttersprache als deutsch. Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Kopf machte sich am Mittwoch ein Bild von der Situation vor Ort.

Auf dem Rundgang durch die Räumlichkeiten sah sie unter anderem die Gitarrengruppe der Schule. Danach ging es in eine fünfte Klasse, wo sich alle Kinder einzeln vorstellen sollten. Während der großen Pause zeigte sich die Situation vor Ort am deutlichsten. Deutsche Schülerinnen oder Schüler musste man schon suchen. Im Anschluss sprach Schröder-Köpf unter anderem mit der Schulleiterin Karin Haller über Chancen und Probleme an der Schule. Die Öffentlichkeit musste hier außen vor bleiben.

Wie dringend die Probleme der Schule sind, betonte Schulleiterin Haller im Anschluss im Gespräch mit der Neuen Presse. Viele der Schülerinnen und Schüler sind in ihrer Heimat unregelmäßig oder auch gar nicht in den Genuss von Unterricht gekommen. Einige sind Analphabeten. „Ich kann von einem Kind, das noch nie zuvor in

der Schule war und unsere Sprache nicht spricht, nicht erwarten, dass es ohne eine spezielle Förderung hier einen Abschluss schafft", sagt Haller. Es gebe zwar auch jetzt schon einige Maßnahmen, um den Kindern so schnell wie möglich deutsch beizubringen, doch das reiche noch nicht.

Zwei Sprachlernklassen sind eingerichtet worden, in denen eigentlich maximal 16 Kinder unterrichtet werden sollen. Weil der Bedarf deutlich größer ist, sind aber momentan bis zu 24 Schülerinnen und Schüler in einer der beiden Klassen. Wer nun glaubt, dass derartige Nachhilfen selbstverständlich wären, der irrt. Um überhaupt daran teilnehmen zu können, müssen die Familien der Kinder sogenannte Bildungs- und Teilhabegutscheine einreichen.

Aus: <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Integration-muss-auch-bezahlt-werden> [19.04.2017]

Um an den Sprachförderklassen teilnehmen zu können, ...

- a) ... müssen sich die SchülerInnen in eine Rangordnung einreihen.
- b) ... müssen die SchülerInnen eine hohe Betragensnote nachweisen.
- c) ... müssen die SchülerInnen Bildungsgutscheine vorweisen.
- d) ... müssen die SchülerInnen eine Aufnahmeprüfung bestehen.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulen in Hannover

Integration muss auch bezahlt werden

Es gibt kaum einen anderen Ort, an dem sich die Schwierigkeiten der Integration der vielen Flüchtlinge so deutlich zeigen, wie in der Schule – und besonders in dieser: Fast 90 Prozent aller Kinder an der Peter-Ustinov-Oberschule in Ricklingen haben eine andere Muttersprache als deutsch. Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Kopf machte sich am Mittwoch ein Bild von der Situation vor Ort.

Auf dem Rundgang durch die Räumlichkeiten sah sie unter anderem die Gitarrengruppe der Schule. Danach ging es in eine fünfte Klasse, wo sich alle Kinder einzeln vorstellen sollten. Während der großen Pause zeigte sich die Situation vor Ort am deutlichsten. Deutsche Schülerinnen oder Schüler musste man schon suchen. Im Anschluss sprach Schröder-Köpf unter anderem mit der Schulleiterin Karin Haller über Chancen und Probleme an der Schule. Die Öffentlichkeit musste hier außen vor bleiben.

Wie dringend die Probleme der Schule sind, betonte Schulleiterin Haller im Anschluss im Gespräch mit der Neuen Presse. Viele der Schülerinnen und Schüler sind in ihrer Heimat unregelmäßig oder auch gar nicht in den Genuss von Unterricht gekommen. Einige sind Analphabeten. „Ich kann von einem Kind, das noch nie zuvor in der Schule war und unsere Sprache nicht spricht, nicht erwarten, dass es ohne eine spezielle Förderung hier einen Abschluss schafft", sagt Haller. Es gebe zwar auch jetzt schon einige Maßnahmen, um den Kindern so schnell wie möglich deutsch beizubringen, doch das reiche noch nicht.

Zwei Sprachlernklassen sind eingerichtet worden, in denen eigentlich maximal 16 Kinder unterrichtet werden sollen. Weil der Bedarf deutlich größer ist, sind aber momentan bis zu 24 Schülerinnen und Schüler in einer der beiden Klassen. Wer nun glaubt, dass derartige Nachhilfen selbstverständlich wären, der irrt. Um überhaupt daran teilnehmen zu können, müssen die Familien der Kinder sogenannte Bildungs- und Teilhabegutscheine einreichen.

Aus: <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Integration-muss-auch-bezahlt-werden> [19.04.2017]

„außen vor bleiben“ bedeutet im Kontext des Textes

- a) etwas verpasst zu haben.
- b) etwas nicht verstanden zu haben.
- c) nicht mitreden zu dürfen.
- d) nicht teilnehmen zu dürfen.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Schulen in Hannover

Integration muss auch bezahlt werden

Es gibt kaum einen anderen Ort, an dem sich die Schwierigkeiten der Integration der vielen Flüchtlinge so deutlich zeigen, wie in der Schule – und besonders in dieser: Fast 90 Prozent aller Kinder an der Peter-Ustinov-Oberschule in Ricklingen haben eine andere Muttersprache als deutsch. Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Kopf machte sich am Mittwoch ein Bild von der Situation vor Ort.

Auf dem Rundgang durch die Räumlichkeiten sah sie unter anderem die Gitarrengruppe der Schule. Danach ging es in eine fünfte Klasse, wo sich alle Kinder einzeln vorstellen sollten. Während der großen Pause zeigte sich die Situation vor Ort am deutlichsten. Deutsche Schülerinnen oder Schüler musste man schon suchen. Im Anschluss sprach Schröder-Köpf unter anderem mit der Schulleiterin Karin Haller über Chancen und Probleme an der Schule. Die Öffentlichkeit musste hier außen vor bleiben.

Wie dringend die Probleme der Schule sind, betonte Schulleiterin Haller im Anschluss im Gespräch mit der Neuen Presse. Viele der Schülerinnen und Schüler sind in ihrer Heimat unregelmäßig oder auch gar nicht in den Genuss von Unterricht gekommen. Einige sind Analphabeten. „Ich kann von einem Kind, das noch nie zuvor in der Schule war und unsere Sprache nicht spricht, nicht erwarten, dass es ohne eine spezielle Förderung hier einen Abschluss schafft“, sagt Haller. Es gebe zwar auch jetzt schon einige Maßnahmen, um den Kindern so schnell wie möglich deutsch beizubringen, doch das reiche noch nicht.

Zwei Sprachlernklassen sind eingerichtet worden, in denen eigentlich maximal 16 Kinder unterrichtet werden sollen. Weil der Bedarf deutlich größer ist, sind aber momentan bis zu 24 Schülerinnen und Schüler in einer der beiden Klassen. Wer nun glaubt, dass derartige Nachhilfen selbstverständlich wären, der irrt. Um überhaupt daran teilnehmen zu können, müssen die Familien der Kinder sogenannte Bildungs- und Teilhabegutscheine einreichen.

Aus: <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Integration-muss-auch-bezahlt-werden> [19.04.2017]

Viele SchülerInnen der Oberschule von Ricklingen sind ...

- a) ... in ihrem Heimatland nur zur Grundschule gegangen.
- b) ... in ihrem Heimatland nie zur Schule gegangen.
- c) ... in ihrem Heimatland nicht regelmäßig zur Schule gegangen.
- d) ... in ihrem Heimatland von der Schule verwiesen worden.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Icelandic Government Policy on the Integration of Immigrants

General education is one of the foundations of democracy and the basis for general welfare. It involves encouraging, in co-operation with households, healthy living practices, strengthening moral values, encouraging responsible treatment of all life and the environment and strengthening respect for the culture of other nations. One of the basic criteria in schoolwork is equality in access to education, which means offering appropriate education and teaching.

This does not necessarily mean the same measures for everyone but rather opportunities which are comparable and of equal value. The tasks shall appeal equally to boys and girls, students in rural and urban areas and disabled and non-disabled children, irrespective of origin, religion and colour.

Language knowledge is one of the most important keys to a new society and a fundamental criterion for people's full participation and integration into Icelandic society. Therefore, it is important that those who emigrate to Iceland, and who have a native language other than Icelandic, acquire fluency in Icelandic and learn about Icelandic culture and society.

Icelandic language education is an important prerequisite for the integration of an immigrant into society. It is the role of schools, among other things, to assist children from other cultural areas in becoming active participants in a new society. The goal of Icelandic language education is to ensure that students whose native language is not Icelandic will be able to understand and use the Icelandic language, will be able to study in Icelandic elementary and secondary schools and actively participate in Icelandic society.

The arrangement of education in Icelandic as a second language shall take account of the position of preschool, elementary, and secondary school students and the fact that their language, cultural experience and knowledge differs from that of students who have been raised in Icelandic culture. Icelandic as a second language involves training in Icelandic and the use concepts.

Retrieved from https://eng.velferdarraduneyti.is/media/acrobat-enskar_sidur/stefna_in_tegration_of_immigrants.pdf

General education aims at

- a) solving environmental issues quickly
- b) strengthening national values
- c) weakening moral values
- d) good practices in a variety of fields

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Icelandic Government Policy on the Integration of Immigrants

General education is one of the foundations of democracy and the basis for general welfare. It involves encouraging, in co-operation with households, healthy living practices, strengthening moral values, encouraging responsible treatment of all life and the environment and strengthening respect for the culture of other nations. One of the basic criteria in schoolwork is equality in access to education, which means offering appropriate education and teaching.

This does not necessarily mean the same measures for everyone but rather opportunities which are comparable and of equal value. The tasks shall appeal equally to boys and girls, students in rural and urban areas and disabled and non-disabled children, irrespective of origin, religion and colour.

Language knowledge is one of the most important keys to a new society and a fundamental criterion for people's full participation and integration into Icelandic society. Therefore, it is important that those who emigrate to Iceland, and who have a native language other than Icelandic, acquire fluency in Icelandic and learn about Icelandic culture and society.

Icelandic language education is an important prerequisite for the integration of an immigrant into society. It is the role of schools, among other things, to assist children from other cultural areas in becoming active participants in a new society. The goal of Icelandic language education is to ensure that students whose native language is not Icelandic will be able to understand and use the Icelandic language, will be able to study in Icelandic elementary and secondary schools and actively participate in Icelandic society.

The arrangement of education in Icelandic as a second language shall take account of the position of preschool, elementary, and secondary school students and the fact that their language, cultural experience and knowledge differs from that of students who have been raised in Icelandic culture. Icelandic as a second language involves training in Icelandic and the use concepts.

Retrieved from https://eng.velferdarraduneyti.is/media/acrobat-enskar_sidur/stefna_in_tegration_of_immigrants.pdf

To grant equality in access to education means

- a) to carefully compare measures and tasks
- b) that all children should follow the same mandatory education programmes
- c) to use the most effective training techniques available
- d) to provide all students with equivalent and suitable education programmes

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Icelandic Government Policy on the Integration of Immigrants

General education is one of the foundations of democracy and the basis for general welfare. It involves encouraging, in co-operation with households, healthy living practices, strengthening moral values, encouraging responsible treatment of all life and the environment and strengthening respect for the culture of other nations. One of the basic criteria in schoolwork is equality in access to education, which means offering appropriate education and teaching.

This does not necessarily mean the same measures for everyone but rather opportunities which are comparable and of equal value. The tasks shall appeal equally to boys and girls, students in rural and urban areas and disabled and non-disabled children, irrespective of origin, religion and colour.

Language knowledge is one of the most important keys to a new society and a fundamental criterion for people's full participation and integration into Icelandic society. Therefore, it is important that those who emigrate to Iceland, and who have a native language other than Icelandic, acquire fluency in Icelandic and learn about Icelandic culture and society.

Icelandic language education is an important prerequisite for the integration of an immigrant into society. It is the role of schools, among other things, to assist children from other cultural areas in becoming active participants in a new society. The goal of Icelandic language education is to ensure that students whose native language is not Icelandic will be able to understand and use the Icelandic language, will be able to study in Icelandic elementary and secondary schools and actively participate in Icelandic society.

The arrangement of education in Icelandic as a second language shall take account of the position of preschool, elementary, and secondary school students and the fact that their language, cultural experience and knowledge differs from that of students who have been raised in Icelandic culture. Icelandic as a second language involves

training in Icelandic and the use concepts.

Retrieved from https://eng.velferdarraduneyti.is/media/acrobat-enskar_sidur/stefna_integration_of_immigrants.pdf

The knowledge of the host language is

- a) necessary to forget one's native language
- b) less important than to learn about Icelandic culture and society
- c) a hindrance for the integration of an immigrant into society
- d) essential for immigrants to become active citizens in the new country

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Icelandic Government Policy on the Integration of Immigrants

General education is one of the foundations of democracy and the basis for general welfare. It involves encouraging, in co-operation with households, healthy living practices, strengthening moral values, encouraging responsible treatment of all life and the environment and strengthening respect for the culture of other nations. One of the basic criteria in schoolwork is equality in access to education, which means offering appropriate education and teaching.

This does not necessarily mean the same measures for everyone but rather opportunities which are comparable and of equal value. The tasks shall appeal equally to boys and girls, students in rural and urban areas and disabled and non-disabled children, irrespective of origin, religion and colour.

Language knowledge is one of the most important keys to a new society and a fundamental criterion for people's full participation and integration into Icelandic society. Therefore, it is important that those who emigrate to Iceland, and who have a native language other than Icelandic, acquire fluency in Icelandic and learn about Icelandic culture and society.

Icelandic language education is an important prerequisite for the integration of an immigrant into society. It is the role of schools, among other things, to assist children from other cultural areas in becoming active participants in a new society. The goal of Icelandic language education is to ensure that students whose native language is not Icelandic will be able to understand and use the Icelandic language, will be able to study in Icelandic elementary and secondary schools and actively participate in Icelandic society.

The arrangement of education in Icelandic as a second language shall take account of the position of preschool, elementary, and secondary school students and the fact that their language, cultural experience and knowledge differs from that of students who have been raised in Icelandic culture. Icelandic as a second language involves training in Icelandic and the use concepts.

Retrieved from https://eng.velferdarraduneyti.is/media/acrobat-enskar_sidur/stefna_integration_of_immigrants.pdf

Host language acquisition

- a) promotes the active participation of Icelandic children in the national society
- b) curb immigrant children's integration and active participation
- c) enables immigrant students to learn disciplinary contents
- d) hinders immigrant children's understanding of the Icelandic values

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Icelandic Government Policy on the Integration of Immigrants

General education is one of the foundations of democracy and the basis for general welfare. It involves encouraging, in co-operation with households, healthy living practices, strengthening moral values, encouraging responsible treatment of all life and the environment and strengthening respect for the culture of other nations. One of the basic criteria in schoolwork is equality in access to education, which means offering appropriate education and teaching.

This does not necessarily mean the same measures for everyone but rather opportunities which are comparable and of equal value. The tasks shall appeal equally to boys and girls, students in rural and urban areas and disabled and non-disabled children, irrespective of origin, religion and colour.

Language knowledge is one of the most important keys to a new society and a fundamental criterion for people's full participation and integration into Icelandic society. Therefore, it is important that those who emigrate to Iceland, and who have a native language other than Icelandic, acquire fluency in Icelandic and learn about Icelandic culture and society.

Icelandic language education is an important prerequisite for the integration of an immigrant into society. It is the role of schools, among other things, to assist children from other cultural areas in becoming active participants in a new society. The goal of Icelandic language education is to ensure that students whose native language is not Icelandic will be able to understand and use the Icelandic language, will be able to study in Icelandic elementary and secondary schools and actively participate in Icelandic society.

The arrangement of education in Icelandic as a second language shall take account of the position of preschool, elementary, and secondary school students and the fact that their language, cultural experience and knowledge differs from that of students who have been raised in Icelandic culture. Icelandic as a second language involves training in Icelandic and the use concepts.

Retrieved from https://eng.velferdarraduneyti.is/media/acrobat-enskar_sidur/stefna_in_tegration_of_immigrants.pdf

The planning of education in Icelandic as a second language shall consider

- a) only the cultural experience and knowledge of Icelandic students
- b) the different backgrounds of native and non-native speakers
- c) the difficulties of training native speakers in Icelandic language
- d) elementary and secondary school students as equals

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Early School Leavers

The Europe 2020 strategy has set the goal of bringing the share of early leavers from education and training among those aged 18-24 to below 10%. Still, in 2015 there were more than 4 million early school leavers across Europe, only 40% of whom are employed.

The 2011 Council Recommendation on policies to reduce early school leaving proposes cross-sectorial policy approaches in Member States, focusing on prevention, intervention and compensation at all levels of education.

The 2013 Youth Guarantee Council Recommendation commits Member States to ensure that every young person under 25 years receives a good-quality offer of employment, training, traineeship or apprenticeship within

four months of leaving education or becoming unemployed.

The New Skills Agenda for Europe, launched June 2016, proposed a "skills guarantee" to provide flexible pathways for adults aged 25 or more, to re-enter education and/or obtain qualifications equivalent to upper secondary education, also thanks to recognition and validation of informal and non-formal learning, e.g. occurred on-the-job. It recommends them to offer education and training opportunities to young people with insufficient qualifications.

While the guarantee will not influence directly the early school leaving rate, it could help to reduce the harmful effects of early school leaving throughout life.

The Council is expected to modify this proposal and rename it "Upskilling Pathways: New Opportunities for Adults".

Seventeen Member States have already achieved the Europe 2020 headline target, i.e. two less than in 2014. Among the eleven countries still above the EU target, only Italy has reached its national target of 16%. Among the Member States below 10%, five have not yet reached their more ambitious national targets (Finland, The Netherlands, Czech Republic, Slovakia and Poland).

The rate of early leavers from education and training is considerably higher amongst boys than amongst girls, in the EU average (12.4% and 9.5% respectively) and in all Member States except Bulgaria.

Retrieved from https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-semester_thematic-factsheet_early-school-leavers_en.pdf

In 2015 across Europe

- a) early school leavers were all above 24 years of age
- b) 60% of all the early school leavers found a job
- c) over 4 million students left school early
- d) less than 4 million students left school early

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Early School Leavers

The Europe 2020 strategy has set the goal of bringing the share of early leavers from education and training among those aged 18-24 to below 10%. Still, in 2015 there were more than 4 million early school leavers across Europe, only 40% of whom are employed.

The 2011 Council Recommendation on policies to reduce early school leaving proposes cross-sectorial policy approaches in Member States, focusing on prevention, intervention and compensation at all levels of education.

The 2013 Youth Guarantee Council Recommendation commits Member States to ensure that every young person under 25 years receives a good-quality offer of employment, training, traineeship or apprenticeship within four months of leaving education or becoming unemployed.

The New Skills Agenda for Europe, launched June 2016, proposed a "skills guarantee" to provide flexible pathways for adults aged 25 or more, to re-enter education and/or obtain qualifications equivalent to upper secondary education, also thanks to recognition and validation of informal and non-formal learning, e.g. occurred on-the-job. It recommends them to offer education and training opportunities to young people with insufficient qualifications.

While the guarantee will not influence directly the early school leaving rate, it could help to reduce the harmful effects of early school leaving throughout life.

The Council is expected to modify this proposal and rename it "Upskilling Pathways: New Opportunities for Adults".

Seventeen Member States have already achieved the Europe 2020 headline target, i.e. two less than in 2014. Among the eleven countries still above the EU target, only Italy has reached its national target of 16%. Among the Member States below 10%, five have not yet reached their more ambitious national targets (Finland, The Netherlands, Czech Republic, Slovakia and Poland).

The rate of early leavers from education and training is considerably higher amongst boys than amongst girls, in the EU average (12.4% and 9.5% respectively) and in all Member States except Bulgaria.

Retrieved from https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-semester_thematic-factsheet_early-school-leavers_en.pdf

According to the 2013 Youth Guarantee Council Recommendation, Member States

- a) should offer citizens with 4-month employment, traineeship or apprenticeship opportunities
- b) can provide job or work-related opportunities in the long run
- c) must ensure that under 25-year-olds get a job or a work-related opportunity in a short time
- d) should offer good-quality employment only to those aged 25 and over

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Early School Leavers

The Europe 2020 strategy has set the goal of bringing the share of early leavers from education and training among those aged 18-24 to below 10%. Still, in 2015 there were more than 4 million early school leavers across Europe, only 40% of whom are employed.

The 2011 Council Recommendation on policies to reduce early school leaving proposes cross-sectorial policy approaches in Member States, focusing on prevention, intervention and compensation at all levels of education.

The 2013 Youth Guarantee Council Recommendation commits Member States to ensure that every young person under 25 years receives a good-quality offer of employment, training, traineeship or apprenticeship within four months of leaving education or becoming unemployed.

The New Skills Agenda for Europe, launched June 2016, proposed a "skills guarantee" to provide flexible pathways for adults aged 25 or more, to re-enter education and/or obtain qualifications equivalent to upper secondary education, also thanks to recognition and validation of informal and non-formal learning, e.g. occurred on-the-job. It recommends them to offer education and training opportunities to young people with insufficient qualifications.

While the guarantee will not influence directly the early school leaving rate, it could help to reduce the harmful effects of early school leaving throughout life.

The Council is expected to modify this proposal and rename it "Upskilling Pathways: New Opportunities for Adults".

Seventeen Member States have already achieved the Europe 2020 headline target, i.e. two less than in 2014. Among the eleven countries still above the EU target, only Italy has reached its national target of 16%. Among the Member States below 10%, five have not yet reached their more ambitious national targets (Finland, The Netherlands, Czech Republic, Slovakia and Poland).

The rate of early leavers from education and training is considerably higher amongst boys than amongst girls, in the EU average (12.4% and 9.5% respectively) and in all Member States except Bulgaria.

Retrieved from https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-semester_thematic-factsheet_early-school-leavers_en.pdf

The New Skills Agenda for Europe includes provisions for those 25 and over to

- a) encourage early school leaving
- b) resume their education towards qualifications
- c) complete only lower secondary education
- d) validate only their formal learning

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Early School Leavers

The Europe 2020 strategy has set the goal of bringing the share of early leavers from education and training among those aged 18-24 to below 10%. Still, in 2015 there were more than 4 million early school leavers across Europe, only 40% of whom are employed.

The 2011 Council Recommendation on policies to reduce early school leaving proposes cross-sectorial policy approaches in Member States, focusing on prevention, intervention and compensation at all levels of education.

The 2013 Youth Guarantee Council Recommendation commits Member States to ensure that every young person under 25 years receives a good-quality offer of employment, training, traineeship or apprenticeship within four months of leaving education or becoming unemployed.

The New Skills Agenda for Europe, launched June 2016, proposed a "skills guarantee" to provide flexible pathways for adults aged 25 or more, to re-enter education and/or obtain qualifications equivalent to upper secondary education, also thanks to recognition and validation of informal and non-formal learning, e.g. occurred on-the-job. It recommends them to offer education and training opportunities to young people with insufficient qualifications.

While the guarantee will not influence directly the early school leaving rate, it could help to reduce the harmful effects of early school leaving throughout life.

The Council is expected to modify this proposal and rename it "Upskilling Pathways: New Opportunities for Adults".

Seventeen Member States have already achieved the Europe 2020 headline target, i.e. two less than in 2014. Among the eleven countries still above the EU target, only Italy has reached its national target of 16%. Among the Member States below 10%, five have not yet reached their more ambitious national targets (Finland, The Netherlands, Czech Republic, Slovakia and Poland).

The rate of early leavers from education and training is considerably higher amongst boys than amongst girls, in the EU average (12.4% and 9.5% respectively) and in all Member States except Bulgaria.

Retrieved from https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-semester_thematic-factsheet_early-school-leavers_en.pdf

The Europe 2020 headline target has been

- a) achieved by all Member States
- b) refused by 17 Member States
- c) not yet reached by five Member States
- d) reached by 17 Member States

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Early School Leavers

The Europe 2020 strategy has set the goal of bringing the share of early leavers from education and training among those aged 18-24 to below 10%. Still, in 2015 there were more than 4 million early school leavers across Europe, only 40% of whom are employed.

The 2011 Council Recommendation on policies to reduce early school leaving proposes cross-sectorial policy approaches in Member States, focusing on prevention, intervention and compensation at all levels of education.

The 2013 Youth Guarantee Council Recommendation commits Member States to ensure that every young person under 25 years receives a good-quality offer of employment, training, traineeship or apprenticeship within four months of leaving education or becoming unemployed.

The New Skills Agenda for Europe, launched June 2016, proposed a "skills guarantee" to provide flexible pathways for adults aged 25 or more, to re-enter education and/or obtain qualifications equivalent to upper secondary education, also thanks to recognition and validation of informal and non-formal learning, e.g. occurred on-the-job. It recommends them to offer education and training opportunities to young people with insufficient qualifications.

While the guarantee will not influence directly the early school leaving rate, it could help to reduce the harmful effects of early school leaving throughout life.

The Council is expected to modify this proposal and rename it "Upskilling Pathways: New Opportunities for Adults".

Seventeen Member States have already achieved the Europe 2020 headline target, i.e. two less than in 2014. Among the eleven countries still above the EU target, only Italy has reached its national target of 16%. Among the Member States below 10%, five have not yet reached their more ambitious national targets (Finland, The Netherlands, Czech Republic, Slovakia and Poland).

The rate of early leavers from education and training is considerably higher amongst boys than amongst girls, in the EU average (12.4% and 9.5% respectively) and in all Member States except Bulgaria.

Retrieved from https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-semester_thematic-factsheet_early-school-leavers_en.pdf

In all Member States except Bulgaria,

- a) the rate of early leavers is slightly higher amongst boys
- b) the rate of early leavers is lower amongst boys
- c) the number of boys leaving school early is equal to the number of girls
- d) more boys than girls drop out of school

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

EL SIGNIFICADO DE LA DESIGUALDAD EDUCATIVA

El ambiente de la familia y su compromiso con la escuela tienen una indudable repercusión en el progreso educativo de los alumnos. Los recursos familiares, su nivel de estudios, los hábitos de trabajo, la orientación y el apoyo académico, las actividades culturales que se realizan, la estimulación para explorar y discutir ideas y acontecimientos y las expectativas sobre el nivel de estudios que pueden alcanzar los hijos son factores que tienen una influencia muy importante en la educación de los alumnos. Pero desde esta perspectiva, lo importante no es el capital cultural que se posee sino cómo se transmite. Un capital cultural enriquecido puede tener escasa incidencia en el progreso educativo de los hijos. Por el contrario, los padres con escaso capital escolar pueden tener una influencia beneficiosa por el tipo de relaciones que mantienen con sus hijos, por la búsqueda constante de experiencias que les enriquezcan, por sus expectativas positivas hacia la educación escolar, lo que puede contribuir a que sus resultados educativos sean positivos.

El funcionamiento del sistema educativo tiene también una notable influencia en los niveles de desigualdad educativa. La preparación y motivación de los profesores y sus prácticas docentes, los recursos existentes, el apoyo a las familias, los criterios de admisión de los alumnos en las escuelas, el número de alumnos por aula, las facilidades para que los alumnos prosigan sus estudios, los materiales disponibles en el aula y los criterios de evaluación establecidos son condiciones generales que tienen mucha relación con los índices de escolaridad y con los resultados que obtienen los alumnos.

Este reconocimiento de la influencia del sistema educativo no puede conducir a olvidar la responsabilidad específica que cada escuela y cada profesor tiene para reducir las desigualdades. Hay escuelas que han creado un clima ampliamente aceptado de estudio y de participación, en las que existen expectativas positivas en relación con los objetivos educativos que se han establecido.

Adaptado de Un sistema de indicadores de desigualdad educativa, Álvaro Marchesi, Revista Iberoamericana, n. 23 ¿Equidad en la educación? Mayo-agosto 2000

De acuerdo con el texto,

- a) las expectativas de los padres influyen de manera negativa en la educación de los alumnos
- b) para mejorar el rendimiento escolar de los alumnos es suficiente que sus padres fomenten su curiosidad intelectual
- c) cuanto más alto sea el nivel cultural de la familia, mejores serán los resultados académicos de los alumnos
- d) varias circunstancias relacionadas con la familia pueden tener un impacto significativo en la formación escolar de los alumnos

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

EL SIGNIFICADO DE LA DESIGUALDAD EDUCATIVA

El ambiente de la familia y su compromiso con la escuela tienen una indudable repercusión en el progreso educativo de los alumnos. Los recursos familiares, su nivel de estudios, los hábitos de trabajo, la orientación y el apoyo académico, las actividades culturales que se realizan, la estimulación para explorar y discutir ideas y acontecimientos y las expectativas sobre el nivel de estudios que pueden alcanzar los hijos son factores que tienen una influencia muy importante en la educación de los alumnos. Pero desde esta perspectiva, lo importante no es el capital cultural que se posee sino cómo se transmite. Un capital cultural enriquecido puede tener escasa incidencia en el progreso educativo de los hijos. Por el contrario, los padres con escaso capital escolar pueden tener una influencia beneficiosa por el tipo de relaciones que mantienen con sus hijos, por la búsqueda constante de experiencias que les enriquezcan, por sus expectativas positivas hacia la educación escolar, lo que puede contribuir a que sus resultados educativos sean positivos.

El funcionamiento del sistema educativo tiene también una notable influencia en los niveles de desigualdad educativa. La preparación y motivación de los profesores y sus prácticas docentes, los recursos existentes, el apoyo a las familias, los criterios de admisión de los alumnos en las escuelas, el número de alumnos por aula, las facilidades para que los alumnos prosigan sus estudios, los materiales disponibles en el aula y los criterios de evaluación establecidos son condiciones generales que tienen mucha relación con los índices de escolaridad y con los resultados que obtienen los alumnos.

Este reconocimiento de la influencia del sistema educativo no puede conducir a olvidar la responsabilidad específica que cada escuela y cada profesor tiene para reducir las desigualdades. Hay escuelas que han creado un clima ampliamente aceptado de estudio y de participación, en las que existen expectativas positivas en relación con los objetivos educativos que se han establecido.

Adaptado de Un sistema de indicadores de desigualdad educativa, Álvaro Marchesi, Revista Iberoamericana, n. 23 ¿Equidad en la educación? Mayo-agosto 2000

Según los autores del texto,

- a) es necesario que la familia potencie los conocimientos socioculturales de los alumnos
- b) el alcance de los recursos culturales de la familia estriba en su modalidad de transmisión
- c) los alumnos pueden progresar en su educación gracias a los contenidos culturales que les transmiten sus padres
- d) la transmisión del saber científico a través de la familia es más significativo que el aprendizaje en el entorno escolar

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

EL SIGNIFICADO DE LA DESIGUALDAD EDUCATIVA

El ambiente de la familia y su compromiso con la escuela tienen una indudable repercusión en el progreso educativo de los alumnos. Los recursos familiares, su nivel de estudios, los hábitos de trabajo, la orientación y el apoyo académico, las actividades culturales que se realizan, la estimulación para explorar y discutir ideas y acontecimientos y las expectativas sobre el nivel de estudios que pueden alcanzar los hijos son factores que tienen una influencia muy importante en la educación de los alumnos. Pero desde esta perspectiva, lo importante no es el capital cultural que se posee sino cómo se transmite. Un capital cultural enriquecido puede tener escasa incidencia en el progreso educativo de los hijos. Por el contrario, los padres con escaso capital escolar pueden tener una influencia beneficiosa por el tipo de relaciones que mantienen con sus hijos, por la búsqueda constante de experiencias que les enriquezcan, por sus expectativas positivas hacia la educación escolar, lo que puede contribuir a que sus resultados educativos sean positivos.

El funcionamiento del sistema educativo tiene también una notable influencia en los niveles de desigualdad educativa. La preparación y motivación de los profesores y sus prácticas docentes, los recursos existentes, el apoyo a las familias, los criterios de admisión de los alumnos en las escuelas, el número de alumnos por aula, las facilidades para que los alumnos prosigan sus estudios, los materiales disponibles en el aula y los criterios de evaluación establecidos son condiciones generales que tienen mucha relación con los índices de escolaridad y

con los resultados que obtienen los alumnos.

Este reconocimiento de la influencia del sistema educativo no puede conducir a olvidar la responsabilidad específica que cada escuela y cada profesor tiene para reducir las desigualdades. Hay escuelas que han creado un clima ampliamente aceptado de estudio y de participación, en las que existen expectativas positivas en relación con los objetivos educativos que se han establecido.

Adaptado de Un sistema de indicadores de desigualdad educativa, Álvaro Marchesi, Revista Iberoamericana, n. 23 ¿Equidad en la educación? Mayo-agosto 2000

En cuanto a los padres

- a) su aportación a la experiencia científica de sus hijos depende exclusivamente de su nivel de educación
- b) la calidad de la relación con sus hijos puede ser un factor relevante en su avance educativo
- c) su papel consiste en apoyar siempre a sus hijos en los centros escolares
- d) pueden ayudar a sus hijos en su progreso educativo solo si les proporcionan experiencias novedosas

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

EL SIGNIFICADO DE LA DESIGUALDAD EDUCATIVA

El ambiente de la familia y su compromiso con la escuela tienen una indudable repercusión en el progreso educativo de los alumnos. Los recursos familiares, su nivel de estudios, los hábitos de trabajo, la orientación y el apoyo académico, las actividades culturales que se realizan, la estimulación para explorar y discutir ideas y acontecimientos y las expectativas sobre el nivel de estudios que pueden alcanzar los hijos son factores que tienen una influencia muy importante en la educación de los alumnos. Pero desde esta perspectiva, lo importante no es el capital cultural que se posee sino cómo se transmite. Un capital cultural enriquecido puede tener escasa incidencia en el progreso educativo de los hijos. Por el contrario, los padres con escaso capital escolar pueden tener una influencia beneficiosa por el tipo de relaciones que mantienen con sus hijos, por la búsqueda constante de experiencias que les enriquezcan, por sus expectativas positivas hacia la educación escolar, lo que puede contribuir a que sus resultados educativos sean positivos.

El funcionamiento del sistema educativo tiene también una notable influencia en los niveles de desigualdad educativa. La preparación y motivación de los profesores y sus prácticas docentes, los recursos existentes, el apoyo a las familias, los criterios de admisión de los alumnos en las escuelas, el número de alumnos por aula, las facilidades para que los alumnos prosigan sus estudios, los materiales disponibles en el aula y los criterios de evaluación establecidos son condiciones generales que tienen mucha relación con los índices de escolaridad y con los resultados que obtienen los alumnos.

Este reconocimiento de la influencia del sistema educativo no puede conducir a olvidar la responsabilidad específica que cada escuela y cada profesor tiene para reducir las desigualdades. Hay escuelas que han creado un clima ampliamente aceptado de estudio y de participación, en las que existen expectativas positivas en relación con los objetivos educativos que se han establecido.

Adaptado de Un sistema de indicadores de desigualdad educativa, Álvaro Marchesi, Revista Iberoamericana, n. 23 ¿Equidad en la educación? Mayo-agosto 2000

De acuerdo con los autores de este artículo,

- a) la disponibilidad de recursos y materiales es solo una de las circunstancias que influyen en el avance educativo de los alumnos
- b) la profesión de los padres es un factor determinante en relación con los resultados de los alumnos
- c) la eficiencia del sistema educativo no incide en la igualdad de oportunidades educativas

- d) los resultados escolares dependen únicamente de la cantidad de estudiantes por aula

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

EL SIGNIFICADO DE LA DESIGUALDAD EDUCATIVA

El ambiente de la familia y su compromiso con la escuela tienen una indudable repercusión en el progreso educativo de los alumnos. Los recursos familiares, su nivel de estudios, los hábitos de trabajo, la orientación y el apoyo académico, las actividades culturales que se realizan, la estimulación para explorar y discutir ideas y acontecimientos y las expectativas sobre el nivel de estudios que pueden alcanzar los hijos son factores que tienen una influencia muy importante en la educación de los alumnos. Pero desde esta perspectiva, lo importante no es el capital cultural que se posee sino cómo se transmite. Un capital cultural enriquecido puede tener escasa incidencia en el progreso educativo de los hijos. Por el contrario, los padres con escaso capital escolar pueden tener una influencia benéfica por el tipo de relaciones que mantienen con sus hijos, por la búsqueda constante de experiencias que les enriquezcan, por sus expectativas positivas hacia la educación escolar, lo que puede contribuir a que sus resultados educativos sean positivos.

El funcionamiento del sistema educativo tiene también una notable influencia en los niveles de desigualdad educativa. La preparación y motivación de los profesores y sus prácticas docentes, los recursos existentes, el apoyo a las familias, los criterios de admisión de los alumnos en las escuelas, el número de alumnos por aula, las facilidades para que los alumnos prosigan sus estudios, los materiales disponibles en el aula y los criterios de evaluación establecidos son condiciones generales que tienen mucha relación con los índices de escolaridad y con los resultados que obtienen los alumnos.

Este reconocimiento de la influencia del sistema educativo no puede conducir a olvidar la responsabilidad específica que cada escuela y cada profesor tiene para reducir las desigualdades. Hay escuelas que han creado un clima ampliamente aceptado de estudio y de participación, en las que existen expectativas positivas en relación con los objetivos educativos que se han establecido.

Adaptado de Un sistema de indicadores de desigualdad educativa, Álvaro Marchesi, Revista Iberoamericana, n. 23 ¿Equidad en la educación? Mayo-agosto 2000

Según el texto,

- a) los centros parroquiales con la colaboración de las familias tienen que comprometerse en la igualdad de oportunidades educativas
- b) unos centros educativos han logrado desarrollar un entorno en el que priman la aplicación y la colaboración
- c) la responsabilidad mayor a la hora de fomentar la igualdad de oportunidades educativas le compete a las autoridades locales
- d) los resultados educativos positivos contribuyen a incrementar las expectativas de incrementar las familias

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LAS MEDIDAS DE LA ATENCIÓN A LA DIVERSIDAD: ¿VÍAS DE INCLUSIÓN INSUFICIENTE O SENDEROS PARA NUEVOS PROCESOS DE EXCLUSIÓN?

En muchos centros educativos existen múltiples y singulares maneras de incorporar tantas medidas de atención a la diversidad, que bien podrían valorarse como una vía y apuesta por una inclusión insuficiente. Sin embargo, es la incorporación generalizada de tantas medidas excepcionales de atención a la diversidad en la etapa de secundaria lo que nos lleva a plantear con mayor preocupación que sea a través de éstas como paradójicamente se esté "dibujando" dentro del sistema escolar único, diversas trayectorias escolares devaluadas, segregadas y

paralelas, por las que se va derivando al alumnado más vulnerable hacia la inclusión, a través de un proceso sutil parecido a este:

- a) La administración educativa regula quién es el alumnado "adecuado" para ser acogido en cada una de las medidas especiales. Y después ofrece a los centros que soliciten cada año la ayuda que necesitan, justificándola con la existencia de un número suficiente de alumnado que responda a esas características, iniciando así un camino de tipificación y etiquetaje de estudiantes.
- b) El centro, una vez que ha conseguido poner en marcha una medida, no cuestiona la posibilidad de que sea transitoria. De hecho, sucede lo contrario: cuantas más medidas se aprueban en un centro, más solicitan otras nuevas sin que se extingan las primeras.
- c) La acumulación en los centros de todas las medidas ha ido generando en éstos una complejidad organizativa en la adscripción de grupos, aulas, profesorado, recursos, horarios, etc. Consiguientemente, el reto de adaptación y coordinación del currículo es muy difícil de gestionar.
- d) Todo esto trae consigo un proceso de "dualización de la enseñanza", tanto de los profesores como de los estudiantes. Así, mientras por una parte se encuentra el profesorado, alumnado, programas y recursos "ordinarios" con mayor prestigio, por otra se va conformando un nuevo colectivo, formado por el profesorado, alumnado, programas y recursos "especiales" y "excepcionales".

Adaptado de Luces y sombras de las medidas de atención a la diversidad en el camino de la inclusión educativa, Begoña Martínez Domínguez, ISSN 0213-8646 • Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 70 (25,1) (2011), 165-183

Según el texto, las medidas de atención a la diversidad

- a) son eficientes bajo cualquier punto de vista: han determinado un paulatino proceso de inclusión de aquellos alumnos que antes no se veían marginados
- b) son demasiadas y demasiado específicas: su gestión inadecuada por parte de la administración y los centros educativos comporta el riesgo de que tenga efectos contraproducentes
- c) son inadecuadas o insuficientes en la mayoría de los centros, debido a la escasa sensibilidad de la administración educativa hacia el tema de la inclusión
- d) determinan, gracias a los esfuerzos aislados por una parte de la administración y por otra de los centros educativos, una gradual inclusión del alumnado menos vulnerable

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LAS MEDIDAS DE LA ATENCIÓN A LA DIVERSIDAD: ¿VÍAS DE INCLUSIÓN INSUFICIENTE O SENDEROS PARA NUEVOS PROCESOS DE EXCLUSIÓN?

En muchos centros educativos existen múltiples y singulares maneras de incorporar tantas medidas de atención a la diversidad, que bien podrían valorarse como una vía y apuesta por una inclusión insuficiente. Sin embargo, es la incorporación generalizada de tantas medidas excepcionales de atención a la diversidad en la etapa de secundaria lo que nos lleva a plantear con mayor preocupación que sea a través de éstas como paradójicamente se esté "dibujando" dentro del sistema escolar único, diversas trayectorias escolares devaluadas, segregadas y paralelas, por las que se va derivando al alumnado más vulnerable hacia la inclusión, a través de un proceso sutil parecido a este:

- a) La administración educativa regula quién es el alumnado "adecuado" para ser acogido en cada una de las medidas especiales. Y después ofrece a los centros que soliciten cada año la ayuda que necesitan, justificándola con la existencia de un número suficiente de alumnado que responda a esas características, iniciando así un camino de tipificación y etiquetaje de estudiantes.
- b) El centro, una vez que ha conseguido poner en marcha una medida, no cuestiona la posibilidad de que sea transitoria. De hecho, sucede lo contrario: cuantas más medidas se aprueban en un centro, más solicitan otras nuevas sin que se extingan las primeras.

- c) La acumulación en los centros de todas las medidas ha ido generando en éstos una complejidad organizativa en la adscripción de grupos, aulas, profesorado, recursos, horarios, etc. Consiguientemente, el reto de adaptación y coordinación del currículo es muy difícil de gestionar.
- d) Todo esto trae consigo un proceso de "dualización de la enseñanza", tanto de los profesores como de los estudiantes. Así, mientras por una parte se encuentra el profesorado, alumnado, programas y recursos "ordinarios" con mayor prestigio, por otra se va conformando un nuevo colectivo, formado por el profesorado, alumnado, programas y recursos "especiales" y "excepcionales".

Adaptado de Luces y sombras de las medidas de atención a la diversidad en el camino de la inclusión educativa, Begoña Martínez Domínguez, ISSN 0213-8646 • Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 70 (25,1) (2011), 165-183

Según el texto, es prerrogativa de la administración educativa

- a) diferenciar los centros según las medidas especiales adoptadas para cada uno de los estudiantes sin necesidades educativas específicas
- b) encaminar a los alumnos hacia aquellos centros más solicitados, que puedan satisfacer sus exigencias educativas
- c) elegir los centros que más ayudas necesitan basándose únicamente en el número total de estudiantes que frecuentan todos los cursos específicos
- d) individualizar los alumnos que requieren medidas de atención a la diversidad y ofrecer la ayuda necesaria a los centros que soliciten dichas medidas

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LAS MEDIDAS DE LA ATENCIÓN A LA DIVERSIDAD: ¿VÍAS DE INCLUSIÓN INSUFICIENTE O SENDEROS PARA NUEVOS PROCESOS DE EXCLUSIÓN?

En muchos centros educativos existen múltiples y singulares maneras de incorporar tantas medidas de atención a la diversidad, que bien podrían valorarse como una vía y apuesta por una inclusión insuficiente. Sin embargo, es la incorporación generalizada de tantas medidas excepcionales de atención a la diversidad en la etapa de secundaria lo que nos lleva a plantear con mayor preocupación que sea a través de éstas como paradójicamente se esté "dibujando" dentro del sistema escolar único, diversas trayectorias escolares devaluadas, segregadas y paralelas, por las que se va derivando al alumnado más vulnerable hacia la inclusión, a través de un proceso sutil parecido a este:

- a) La administración educativa regula quién es el alumnado "adecuado" para ser acogido en cada una de las medidas especiales. Y después ofrece a los centros que soliciten cada año la ayuda que necesitan, justificándola con la existencia de un número suficiente de alumnado que responda a esas características, iniciando así un camino de tipificación y etiquetaje de estudiantes.
- b) El centro, una vez que ha conseguido poner en marcha una medida, no cuestiona la posibilidad de que sea transitoria. De hecho, sucede lo contrario: cuantas más medidas se aprueban en un centro, más solicitan otras nuevas sin que se extingan las primeras.
- c) La acumulación en los centros de todas las medidas ha ido generando en éstos una complejidad organizativa en la adscripción de grupos, aulas, profesorado, recursos, horarios, etc. Consiguientemente, el reto de adaptación y coordinación del currículo es muy difícil de gestionar.
- d) Todo esto trae consigo un proceso de "dualización de la enseñanza", tanto de los profesores como de los estudiantes. Así, mientras por una parte se encuentra el profesorado, alumnado, programas y recursos "ordinarios" con mayor prestigio, por otra se va conformando un nuevo colectivo, formado por el profesorado, alumnado, programas y recursos "especiales" y "excepcionales".

Adaptado de Luces y sombras de las medidas de atención a la diversidad en el camino de la inclusión educativa,

En los centros educativos

- a) las medidas de atención a la diversidad se extinguen con demasiada rapidez, sin dar la posibilidad de una real inclusión del alumnado más vulnerable
- b) se ponen en marcha medidas transitorias, inadecuadas a las exigencias educativas de los estudiantes, que después se reemplazan con unas definitivas
- c) a causa del número decreciente de estudiantes con exigencias educativas específicas, se tiene que solicitar continuamente a la administración nuevas medidas de atención a la diversidad
- d) asistimos a una especie de clasificación de los estudiantes más vulnerables y, al mismo tiempo, a una estratificación de diferentes medidas de atención a la diversidad

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LAS MEDIDAS DE LA ATENCIÓN A LA DIVERSIDAD: ¿VÍAS DE INCLUSIÓN INSUFICIENTE O SENDEROS PARA NUEVOS PROCESOS DE EXCLUSIÓN?

En muchos centros educativos existen múltiples y singulares maneras de incorporar tantas medidas de atención a la diversidad, que bien podrían valorarse como una vía y apuesta por una inclusión insuficiente. Sin embargo, es la incorporación generalizada de tantas medidas excepcionales de atención a la diversidad en la etapa de secundaria lo que nos lleva a plantear con mayor preocupación que sea a través de éstas como paradójicamente se esté "dibujando" dentro del sistema escolar único, diversas trayectorias escolares devaluadas, segregadas y paralelas, por las que se va derivando al alumnado más vulnerable hacia la inclusión, a través de un proceso sutil parecido a este:

- a) La administración educativa regula quién es el alumnado "adecuado" para ser acogido en cada una de las medidas especiales. Y después ofrece a los centros que soliciten cada año la ayuda que necesitan, justificándola con la existencia de un número suficiente de alumnado que responda a esas características, iniciando así un camino de tipificación y etiquetaje de estudiantes.
- b) El centro, una vez que ha conseguido poner en marcha una medida, no cuestiona la posibilidad de que sea transitoria. De hecho, sucede lo contrario: cuantas más medidas se aprueban en un centro, más solicitan otras nuevas sin que se extingan las primeras.
- c) La acumulación en los centros de todas las medidas ha ido generando en éstos una complejidad organizativa en la adscripción de grupos, aulas, profesorado, recursos, horarios, etc. Consiguientemente, el reto de adaptación y coordinación del currículo es muy difícil de gestionar.
- d) Todo esto trae consigo un proceso de "dualización de la enseñanza", tanto de los profesores como de los estudiantes. Así, mientras por una parte se encuentra el profesorado, alumnado, programas y recursos "ordinarios" con mayor prestigio, por otra se va conformando un nuevo colectivo, formado por el profesorado, alumnado, programas y recursos "especiales" y "excepcionales".

Adaptado de Luces y sombras de las medidas de atención a la diversidad en el camino de la inclusión educativa, Begoña Martínez Domínguez, ISSN 0213-8646 • Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 70 (25,1) (2011), 165-183

Según el texto, una excesiva acumulación de medidas de atención a la diversidad

- a) favorece la inclusión de los alumnos, aunque es bastante fácil de gestionar por la complejidad de su articulación
- b) ofrece más de una posibilidad estratégica para propiciar la inclusión del alumnado menos vulnerable en

los centros educativos

- c) determina una serie de dificultades en los centros educativos, tanto por lo que atañe a los aspectos prácticos de la organización de la vida escolar como por lo que se refiere a la programación de la didáctica curricular
- d) determina un exceso de estrés en el personal docente de los centros educativos, que no pueden atender a todas las necesidades de los estudiantes de la forma más adecuada

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LAS MEDIDAS DE LA ATENCIÓN A LA DIVERSIDAD: ¿VÍAS DE INCLUSIÓN INSUFICIENTE O SENDEROS PARA NUEVOS PROCESOS DE EXCLUSIÓN?

En muchos centros educativos existen múltiples y singulares maneras de incorporar tantas medidas de atención a la diversidad, que bien podrían valorarse como una vía y apuesta por una inclusión insuficiente. Sin embargo, es la incorporación generalizada de tantas medidas excepcionales de atención a la diversidad en la etapa de secundaria lo que nos lleva a plantear con mayor preocupación que sea a través de éstas como paradójicamente se esté "dibujando" dentro del sistema escolar único, diversas trayectorias escolares devaluadas, segregadas y paralelas, por las que se va derivando al alumnado más vulnerable hacia la inclusión, a través de un proceso sutil parecido a este:

- a) La administración educativa regula quién es el alumnado "adecuado" para ser acogido en cada una de las medidas especiales. Y después ofrece a los centros que soliciten cada año la ayuda que necesitan, justificándola con la existencia de un número suficiente de alumnado que responda a esas características, iniciando así un camino de tipificación y etiquetaje de estudiantes.
- b) El centro, una vez que ha conseguido poner en marcha una medida, no cuestiona la posibilidad de que sea transitoria. De hecho, sucede lo contrario: cuantas más medidas se aprueban en un centro, más solicitan otras nuevas sin que se extingan las primeras.
- c) La acumulación en los centros de todas las medidas ha ido generando en éstos una complejidad organizativa en la adscripción de grupos, aulas, profesorado, recursos, horarios, etc. Consiguientemente, el reto de adaptación y coordinación del currículo es muy difícil de gestionar.
- d) Todo esto trae consigo un proceso de "dualización de la enseñanza", tanto de los profesores como de los estudiantes. Así, mientras por una parte se encuentra el profesorado, alumnado, programas y recursos "ordinarios" con mayor prestigio, por otra se va conformando un nuevo colectivo, formado por el profesorado, alumnado, programas y recursos "especiales" y "excepcionales".

Adaptado de Luces y sombras de las medidas de atención a la diversidad en el camino de la inclusión educativa, Begoña Martínez Domínguez, ISSN 0213-8646 • Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 70 (25,1) (2011), 165-183

La "dualización de la enseñanza"

- a) incide sobre la necesaria flexibilidad que cada enseñante debe tener para ocuparse de manera eficiente de todos sus alumnos, tanto de los "ordinarios" como de los "excepcionales"
- b) favorece una actitud flexible en alumnos y profesores, que se pueden dedicar tanto a las actividades ordinarias como a las especiales
- c) comporta el riesgo de una separación excesiva, dentro del mismo centro, entre profesores, alumnos y recursos ordinarios y especiales
- d) determina el riesgo de otorgar demasiado prestigio a las actividades excepcionales, perjudicando así la didáctica ordinaria

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le décrochage scolaire est une réalité en France : nombreux sont ceux qui abandonnent prématurément les bancs de l'école, sans qualification, ni diplôme. Le plan "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage", mis en œuvre en 2014, présente pour la deuxième année consécutive des indicateurs de résultats positifs. En proposant "du sur-mesure", le plan donne à chacun une nouvelle chance de se qualifier et trouver une place au sein de la société. Garantir l'égalité des chances, faire en sorte que chaque jeune puisse construire son avenir professionnel et réussir sa vie en société sont des missions de l'école. C'est pourquoi la lutte contre le décrochage scolaire est une priorité de l'Éducation nationale. Il y a 5 ans, le nombre de jeunes Français qui quittaient le système de formation initiale sans avoir obtenu un diplôme professionnel ou le baccalauréat était estimé à 140 000 par an [...]. Pour inverser la tendance, l'Éducation nationale s'est fixé pour objectifs de diviser par deux d'ici à 2017 le nombre de jeunes sortant sans qualification du système éducatif. Il s'agit d'offrir à tout jeune déscolarisé une solution de formation, d'apprentissage ou un service civique [...]. "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage scolaire", c'est le mot d'ordre du plan interministériel de lutte contre le décrochage scolaire. Il fait appel à la mobilisation de toutes les parties concernées : les jeunes tout d'abord, leurs parents, les professeurs, les pouvoirs publics au niveau national et local, les associations et entreprises pour prévenir l'abandon scolaire précoce et soutenir ceux qui ont quitté l'école sans diplôme. À la rentrée 2016, les résultats sont encourageants. Les "décrocheurs" sont moins nombreux : 110 000 jeunes sortent chaque année de l'école sans diplôme contre 136 000 il y a cinq ans. Une amélioration qui va continuer en 2017, où le nombre des décrocheurs va descendre sous la barre des 80 000.

Najat Vallaud-Belkacem, Le décrochage scolaire, in <http://www.gouvernement.fr/>

Selon l'auteur du texte, le décrochage est une priorité :

- a) Du plan "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage scolaire".
- b) De l'Éducation nationale.
- c) Des écoles.
- d) Du Ministère de l'Intérieur.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le décrochage scolaire est une réalité en France : nombreux sont ceux qui abandonnent prématurément les bancs de l'école, sans qualification, ni diplôme. Le plan "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage", mis en œuvre en 2014, présente pour la deuxième année consécutive des indicateurs de résultats positifs. En proposant "du sur-mesure", le plan donne à chacun une nouvelle chance de se qualifier et trouver une place au sein de la société. Garantir l'égalité des chances, faire en sorte que chaque jeune puisse construire son avenir professionnel et réussir sa vie en société sont des missions de l'école. C'est pourquoi la lutte contre le décrochage scolaire est une priorité de l'Éducation nationale. Il y a 5 ans, le nombre de jeunes Français qui quittaient le système de formation initiale sans avoir obtenu un diplôme professionnel ou le baccalauréat était estimé à 140 000 par an [...]. Pour inverser la tendance, l'Éducation nationale s'est fixé pour objectifs de diviser par deux d'ici à 2017 le nombre de jeunes sortant sans qualification du système éducatif. Il s'agit d'offrir à tout jeune déscolarisé une solution de formation, d'apprentissage ou un service civique [...]. "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage scolaire", c'est le mot d'ordre du plan interministériel de lutte contre le décrochage scolaire. Il fait appel à la mobilisation de toutes les parties concernées : les jeunes tout d'abord, leurs parents, les professeurs, les pouvoirs publics au niveau national et local, les associations et entreprises pour prévenir l'abandon scolaire précoce et soutenir ceux qui ont quitté l'école sans diplôme. À la rentrée 2016, les résultats sont encourageants. Les "décrocheurs" sont moins nombreux : 110 000 jeunes sortent chaque année de l'école sans diplôme contre 136 000 il y a cinq ans. Une amélioration qui va continuer en 2017, où le nombre des décrocheurs va descendre sous la barre des 80 000.

Le plan "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage scolaire" présente :

- a) L'aggravation du nombre de « décrocheurs ».
- b) Un plan interministériel de financement scolaire.
- c) Des indicateurs de résultats positifs.
- d) Des indicateurs de résultats négatifs.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le décrochage scolaire est une réalité en France : nombreux sont ceux qui abandonnent prématurément les bancs de l'école, sans qualification, ni diplôme. Le plan "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage", mis en œuvre en 2014, présente pour la deuxième année consécutive des indicateurs de résultats positifs. En proposant "du sur-mesure", le plan donne à chacun une nouvelle chance de se qualifier et trouver une place au sein de la société. Garantir l'égalité des chances, faire en sorte que chaque jeune puisse construire son avenir professionnel et réussir sa vie en société sont des missions de l'école. C'est pourquoi la lutte contre le décrochage scolaire est une priorité de l'Éducation nationale. Il y a 5 ans, le nombre de jeunes Français qui quittaient le système de formation initiale sans avoir obtenu un diplôme professionnel ou le baccalauréat était estimé à 140 000 par an [...]. Pour inverser la tendance, l'Éducation nationale s'est fixé pour objectifs de diviser par deux d'ici à 2017 le nombre de jeunes sortant sans qualification du système éducatif. Il s'agit d'offrir à tout jeune déscolarisé une solution de formation, d'apprentissage ou un service civique [...]. "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage scolaire", c'est le mot d'ordre du plan interministériel de lutte contre le décrochage scolaire. Il fait appel à la mobilisation de toutes les parties concernées : les jeunes tout d'abord, leurs parents, les professeurs, les pouvoirs publics au niveau national et local, les associations et entreprises pour prévenir l'abandon scolaire précoce et soutenir ceux qui ont quitté l'école sans diplôme. À la rentrée 2016, les résultats sont encourageants. Les "décrocheurs" sont moins nombreux : 110 000 jeunes sortent chaque année de l'école sans diplôme contre 136 000 il y a cinq ans. Une amélioration qui va continuer en 2017, où le nombre des décrocheurs va descendre sous la barre des 80 000.

Najat Vallaud-Belkacem, Le décrochage scolaire, in <http://www.gouvernement.fr/>

Pour diminuer le décrochage scolaire, l'Éducation nationale s'est fixé pour objectifs :

- a) De financer les familles défavorisées.
- b) D'encourager les « décrocheurs ».
- c) De diviser le nombre de jeunes sortant sans qualification des écoles.
- d) D'arrêter les jeunes « décrocheurs ».

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le décrochage scolaire est une réalité en France : nombreux sont ceux qui abandonnent prématurément les bancs de l'école, sans qualification, ni diplôme. Le plan "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage", mis en œuvre en 2014, présente pour la deuxième année consécutive des indicateurs de résultats positifs. En proposant "du sur-mesure", le plan donne à chacun une nouvelle chance de se qualifier et trouver une place au sein de la société. Garantir l'égalité des chances, faire en sorte que chaque jeune puisse construire son avenir professionnel et réussir sa vie en société sont des missions de l'école. C'est pourquoi la lutte contre le

décrochage scolaire est une priorité de l'Éducation nationale. Il y a 5 ans, le nombre de jeunes Français qui quittaient le système de formation initiale sans avoir obtenu un diplôme professionnel ou le baccalauréat était estimé à 140 000 par an [...]. Pour inverser la tendance, l'Éducation nationale s'est fixé pour objectifs de diviser par deux d'ici à 2017 le nombre de jeunes sortant sans qualification du système éducatif. Il s'agit d'offrir à tout jeune déscolarisé une solution de formation, d'apprentissage ou un service civique [...]. "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage scolaire", c'est le mot d'ordre du plan interministériel de lutte contre le décrochage scolaire. Il fait appel à la mobilisation de toutes les parties concernées : les jeunes tout d'abord, leurs parents, les professeurs, les pouvoirs publics au niveau national et local, les associations et entreprises pour prévenir l'abandon scolaire précoce et soutenir ceux qui ont quitté l'école sans diplôme. À la rentrée 2016, les résultats sont encourageants. Les "décrocheurs " sont moins nombreux : 110 000 jeunes sortent chaque année de l'école sans diplôme contre 136 000 il y a cinq ans. Une amélioration qui va continuer en 2017, où le nombre des décrocheurs va descendre sous la barre des 80 000.

Najat Vallaud-Belkacem, Le décrochage scolaire, in <http://www.gouvernement.fr/>

Le plan "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage scolaire" fait appel :

- a) Au Ministère de l'Intérieur.
- b) À l'Éducation nationale.
- c) Aux « décrocheurs » pour les convaincre de quitter l'école.
- d) Aux jeunes, à leurs parents, aux professeurs et aux pouvoirs publics.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Le décrochage scolaire est une réalité en France : nombreux sont ceux qui abandonnent prématurément les bancs de l'école, sans qualification, ni diplôme. Le plan "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage", mis en œuvre en 2014, présente pour la deuxième année consécutive des indicateurs de résultats positifs. En proposant "du sur-mesure", le plan donne à chacun une nouvelle chance de se qualifier et trouver une place au sein de la société. Garantir l'égalité des chances, faire en sorte que chaque jeune puisse construire son avenir professionnel et réussir sa vie en société sont des missions de l'école. C'est pourquoi la lutte contre le décrochage scolaire est une priorité de l'Éducation nationale. Il y a 5 ans, le nombre de jeunes Français qui quittaient le système de formation initiale sans avoir obtenu un diplôme professionnel ou le baccalauréat était estimé à 140 000 par an [...]. Pour inverser la tendance, l'Éducation nationale s'est fixé pour objectifs de diviser par deux d'ici à 2017 le nombre de jeunes sortant sans qualification du système éducatif. Il s'agit d'offrir à tout jeune déscolarisé une solution de formation, d'apprentissage ou un service civique [...]. "Tous mobilisés pour vaincre le décrochage scolaire", c'est le mot d'ordre du plan interministériel de lutte contre le décrochage scolaire. Il fait appel à la mobilisation de toutes les parties concernées : les jeunes tout d'abord, leurs parents, les professeurs, les pouvoirs publics au niveau national et local, les associations et entreprises pour prévenir l'abandon scolaire précoce et soutenir ceux qui ont quitté l'école sans diplôme. À la rentrée 2016, les résultats sont encourageants. Les "décrocheurs " sont moins nombreux : 110 000 jeunes sortent chaque année de l'école sans diplôme contre 136 000 il y a cinq ans. Une amélioration qui va continuer en 2017, où le nombre des décrocheurs va descendre sous la barre des 80 000.

Najat Vallaud-Belkacem, Le décrochage scolaire, in <http://www.gouvernement.fr/>

À la rentrée 2016, les résultats sont encourageants, puisque :

- a) Le problème de l'abandon scolaire précoce a été résolu.
- b) Le nombre des « décrocheurs » va augmenter progressivement.
- c) Les « décrocheurs » sont moins nombreux.

- d) Les jeunes Français sont motivés à poursuivre leurs loisirs.

Quesito 8 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

C'est LA statistique que la France aurait voulu voir disparaître, parmi les milliers que contient l'étude "Regards sur l'éducation" dévoilée par l'OCDE ce jeudi: elle concerne ce qu'on pourrait appeler "l'ascenseur scolaire", ou la manière dont le système éducatif français donne leur chance aux enfants d'immigrés. Ces chiffres, comme ceux de l'étude internationale PISA sur l'école, la France n'a de cesse de les réfuter. Il faut dire qu'ils ne sont vraiment pas à son avantage. Seulement 27% des jeunes dont les deux parents sont nés à l'étranger ont réussi à faire des études supérieures, quand ces parents n'avaient pas dépassé le niveau bac. Ce taux, il s'élève à 42% chez les enfants de parents tous deux nés français. Le corollaire, c'est que 63% des enfants d'immigrés dont les parents avaient le niveau bac ont terminé leur cursus avec un niveau inférieur ou égal. C'est d'autant plus inquiétant pour la France qu'en la matière, la moyenne des pays de l'OCDE est bien meilleure: 36% des enfants nés de deux parents ayant immigrés et obtenu le bac ont réussi à les surpasser dans leur niveau d'études, contre 39% pour les enfants nés de deux parents autochtones. Les inégalités sont donc beaucoup plus marquées en France. Et pourtant, rappelle l'OCDE, l'éducation doit jouer ce rôle d'inclusion des nouveaux arrivants, et de réduction des inégalités, en permettant aux descendants d'immigrés d'accéder au marché du travail et à des perspectives de revenus et de richesse. Ce rattrapage reste insuffisant en France, où, comme en Grèce ou en Italie, les enfants d'immigrés ont plus de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants de parents nés français. L'OCDE recommande de renforcer l'égalité dans l'accès à l'après-bac, en menant des politiques de soutien aux moins favorisés, en leur faisant payer des frais d'inscriptions moins élevés ou en leur accordant des aides financières pendant la durée des études.

L'intégration des enfants d'immigrés à l'épreuve de l'école
France Inter-Radio France, Camille Magnard, 15/09/2016

Ce texte est :

- a) Un article tiré d'une chaîne médiatique française.
- b) Un essai de Camille Magnard.
- c) Le préambule d'un texte officiel.
- d) Un texte publié par l'OCDE.

Quesito 8 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

C'est LA statistique que la France aurait voulu voir disparaître, parmi les milliers que contient l'étude "Regards sur l'éducation" dévoilée par l'OCDE ce jeudi: elle concerne ce qu'on pourrait appeler "l'ascenseur scolaire", ou la manière dont le système éducatif français donne leur chance aux enfants d'immigrés. Ces chiffres, comme ceux de l'étude internationale PISA sur l'école, la France n'a de cesse de les réfuter. Il faut dire qu'ils ne sont vraiment pas à son avantage. Seulement 27% des jeunes dont les deux parents sont nés à l'étranger ont réussi à faire des études supérieures, quand ces parents n'avaient pas dépassé le niveau bac. Ce taux, il s'élève à 42% chez les enfants de parents tous deux nés français. Le corollaire, c'est que 63% des enfants d'immigrés dont les parents avaient le niveau bac ont terminé leur cursus avec un niveau inférieur ou égal. C'est d'autant plus inquiétant pour la France qu'en la matière, la moyenne des pays de l'OCDE est bien meilleure: 36% des enfants nés de deux parents ayant immigrés et obtenu le bac ont réussi à les surpasser dans leur niveau d'études, contre 39% pour les enfants nés de deux parents autochtones. Les inégalités sont donc beaucoup plus marquées en France. Et pourtant, rappelle l'OCDE, l'éducation doit jouer ce rôle d'inclusion des nouveaux arrivants, et de réduction des inégalités, en permettant aux descendants d'immigrés d'accéder au marché du travail et à des perspectives de revenus et de richesse. Ce rattrapage reste insuffisant en France, où, comme en Grèce ou en Italie, les enfants d'immigrés ont plus de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants de parents nés français. L'OCDE recommande de renforcer l'égalité dans l'accès à l'après-bac, en menant des politiques de soutien aux

moins favorisés, en leur faisant payer des frais d'inscriptions moins élevés ou en leur accordant des aides financières pendant la durée des études.

L'intégration des enfants d'immigrés à l'épreuve de l'école
France Inter-Radio France, Camille Magnard, 15/09/2016

Selon l'OCDE :

- a) L'accès à l'éducation est un vecteur essentiel d'inclusion des immigrés dans leur pays d'accueil mais il reste trop inégalitaire dans tous les pays de l'OCDE.
- b) L'accès à l'éducation est un vecteur essentiel d'inclusion des immigrés dans leur pays d'accueil mais il reste trop inégalitaire en France.
- c) L'accès à l'éducation est un vecteur essentiel d'inclusion des immigrés dans leur pays d'accueil et il est égalitaire dans tous les pays de l'OCDE.
- d) L'accès à l'éducation est un vecteur essentiel d'inclusion des immigrés dans leur pays d'accueil mais il est inégalitaire surtout en Grèce et en Italie.

Quesito 8 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

C'est LA statistique que la France aurait voulu voir disparaître, parmi les milliers que contient l'étude "Regards sur l'éducation" dévoilée par l'OCDE ce jeudi: elle concerne ce qu'on pourrait appeler "l'ascenseur scolaire", ou la manière dont le système éducatif français donne leur chance aux enfants d'immigrés. Ces chiffres, comme ceux de l'étude internationale PISA sur l'école, la France n'a de cesse de les réfuter. Il faut dire qu'ils ne sont vraiment pas à son avantage. Seulement 27% des jeunes dont les deux parents sont nés à l'étranger ont réussi à faire des études supérieures, quand ces parents n'avaient pas dépassé le niveau bac. Ce taux, il s'élève à 42% chez les enfants de parents tous deux nés français. Le corollaire, c'est que 63% des enfants d'immigrés dont les parents avaient le niveau bac ont terminé leur cursus avec un niveau inférieur ou égal. C'est d'autant plus inquiétant pour la France qu'en la matière, la moyenne des pays de l'OCDE est bien meilleure: 36% des enfants nés de deux parents ayant immigrés et obtenu le bac ont réussi à les surpasser dans leur niveau d'études, contre 39% pour les enfants nés de deux parents autochtones. Les inégalités sont donc beaucoup plus marquées en France. Et pourtant, rappelle l'OCDE, l'éducation doit jouer ce rôle d'inclusion des nouveaux arrivants, et de réduction des inégalités, en permettant aux descendants d'immigrés d'accéder au marché du travail et à des perspectives de revenus et de richesse. Ce rattrapage reste insuffisant en France, où, comme en Grèce ou en Italie, les enfants d'immigrés ont plus de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants de parents nés français. L'OCDE recommande de renforcer l'égalité dans l'accès à l'après-bac, en menant des politiques de soutien aux moins favorisés, en leur faisant payer des frais d'inscriptions moins élevés ou en leur accordant des aides financières pendant la durée des études.

L'intégration des enfants d'immigrés à l'épreuve de l'école
France Inter-Radio France, Camille Magnard, 15/09/2016

En France :

- a) Les enfants d'immigrés ont moins de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants de parents nés français.
- b) Les enfants de parents nés français ont plus de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants d'immigrés.
- c) Les enfants d'immigrés ont autant de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants de parents nés français.

- d) Les enfants d'immigrés ont plus de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants de parents nés français.

Quesito 8 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

C'est LA statistique que la France aurait voulu voir disparaître, parmi les milliers que contient l'étude "Regards sur l'éducation" dévoilée par l'OCDE ce jeudi: elle concerne ce qu'on pourrait appeler "l'ascenseur scolaire", ou la manière dont le système éducatif français donne leur chance aux enfants d'immigrés. Ces chiffres, comme ceux de l'étude internationale PISA sur l'école, la France n'a de cesse de les réfuter. Il faut dire qu'ils ne sont vraiment pas à son avantage. Seulement 27% des jeunes dont les deux parents sont nés à l'étranger ont réussi à faire des études supérieures, quand ces parents n'avaient pas dépassé le niveau bac. Ce taux, il s'élève à 42% chez les enfants de parents tous deux nés français. Le corollaire, c'est que 63% des enfants d'immigrés dont les parents avaient le niveau bac ont terminé leur cursus avec un niveau inférieur ou égal. C'est d'autant plus inquiétant pour la France qu'en la matière, la moyenne des pays de l'OCDE est bien meilleure: 36% des enfants nés de deux parents ayant immigrés et obtenu le bac ont réussi à les surpasser dans leur niveau d'études, contre 39% pour les enfants nés de deux parents autochtones. Les inégalités sont donc beaucoup plus marquées en France. Et pourtant, rappelle l'OCDE, l'éducation doit jouer ce rôle d'inclusion des nouveaux arrivants, et de réduction des inégalités, en permettant aux descendants d'immigrés d'accéder au marché du travail et à des perspectives de revenus et de richesse. Ce rattrapage reste insuffisant en France, où, comme en Grèce ou en Italie, les enfants d'immigrés ont plus de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants de parents nés français. L'OCDE recommande de renforcer l'égalité dans l'accès à l'après-bac, en menant des politiques de soutien aux moins favorisés, en leur faisant payer des frais d'inscriptions moins élevés ou en leur accordant des aides financières pendant la durée des études.

L'intégration des enfants d'immigrés à l'épreuve de l'école
France Inter-Radio France, Camille Magnard, 15/09/2016

Selon les statistiques :

- a) La plupart des jeunes étrangers ont réussi à faire des études secondaires, quand leurs parents n'avaient pas dépassé le niveau bac.
- b) Seulement une petite partie d'enfants d'immigrés dont les parents avaient le niveau bac ont terminé leur cursus avec un niveau inférieur ou égal.
- c) La plupart des jeunes dont les deux parents sont nés à l'étranger ont réussi à faire des études supérieures, quand ces parents n'avaient pas dépassé le niveau bac.
- d) La plupart des enfants d'immigrés dont les parents avaient le niveau bac ont terminé leur cursus avec un niveau inférieur ou égal.

Quesito 8 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse.

C'est LA statistique que la France aurait voulu voir disparaître, parmi les milliers que contient l'étude "Regards sur l'éducation" dévoilée par l'OCDE ce jeudi: elle concerne ce qu'on pourrait appeler "l'ascenseur scolaire", ou la manière dont le système éducatif français donne leur chance aux enfants d'immigrés. Ces chiffres, comme ceux de l'étude internationale PISA sur l'école, la France n'a de cesse de les réfuter. Il faut dire qu'ils ne sont vraiment pas à son avantage. Seulement 27% des jeunes dont les deux parents sont nés à l'étranger ont réussi à faire des études supérieures, quand ces parents n'avaient pas dépassé le niveau bac. Ce taux, il s'élève à 42% chez les enfants de parents tous deux nés français. Le corollaire, c'est que 63% des enfants d'immigrés dont les parents avaient le niveau bac ont terminé leur cursus avec un niveau inférieur ou égal. C'est d'autant plus inquiétant pour la France qu'en la matière, la moyenne des pays de l'OCDE est bien meilleure: 36% des enfants nés de deux parents ayant immigrés et obtenu le bac ont réussi à les surpasser dans leur niveau d'études, contre 39% pour les enfants nés de deux parents autochtones. Les inégalités sont donc beaucoup plus marquées en France. Et

pourtant, rappelle l'OCDE, l'éducation doit jouer ce rôle d'inclusion des nouveaux arrivants, et de réduction des inégalités, en permettant aux descendants d'immigrés d'accéder au marché du travail et à des perspectives de revenus et de richesse. Ce rattrapage reste insuffisant en France, où, comme en Grèce ou en Italie, les enfants d'immigrés ont plus de difficultés à accéder à des études supérieures que les enfants de parents nés français. L'OCDE recommande de renforcer l'égalité dans l'accès à l'après-bac, en menant des politiques de soutien aux moins favorisés, en leur faisant payer des frais d'inscriptions moins élevés ou en leur accordant des aides financières pendant la durée des études.

L'intégration des enfants d'immigrés à l'épreuve de l'école
France Inter-Radio France, Camille Magnard, 15/09/2016

L'OCDE recommande :

- a) De baisser le niveau d'études de la population, en particulier des enfants de parents nés français.
- b) D'accorder des aides financières à tous les étudiants français pendant la durée de leurs études.
- c) De renforcer l'égalité dans l'accès aux études supérieures, en menant des politiques de soutien aux moins favorisés.
- d) D'augmenter le niveau d'études de la population, en particulier des enfants de parents nés français.